

Philologentag fordert: Gymnasiallehrer muss bleiben

„Wer das Lehramt an Gymnasien abschaffen will, will auch das Gymnasium abschaffen“

Rot-grüner Einheitslehrer führt zu Entprofessionalisierung des Lehrerberufs und Verlust an Unterrichtsqualität

Im Rahmen der von Rot-Grün betriebenen Demontage des Gymnasiums von außen und innen ist nach Auffassung der Delegierten des Niedersächsischen Philologentages auch eine Abschaffung der Ausbildung zum Gymnasiallehrer zu befürchten. Die Koalitionsvereinbarung von SPD und Grünen sehe vor, die bisher nach Schulformen ausgebildeten Lehrkräfte durch einen Einheitslehrer für alle Klassen 5 bis 13 zu ersetzen. Dies könne nur als eine weitere Maßnahme zur Einführung der Einheitsschule für alle Schüler gesehen werden. In Schleswig-Holstein habe man diesen Einheitslehrer schon eingeführt.

In einer einstimmig verabschiedeten EntschlieÙung haben die 350 Delegierten daher die Landesregierung aufgefordert, die Ausbildung zum Gymnasiallehrer zu erhalten. Das Gymnasium brauche für die spezifischen Aufgaben und Ziele dieser Schulform ausgebildete Lehrkräfte. „Wer das Lehramt an Gymnasien abschaffen will, will auch das Gymnasium abschaffen“, betonten die Delegierten in ihrem Grundsatzbeschluss.

„Nimmt man die zahlreichen Aussagen rot-grüner Politiker einschließlich des niedersächsischen Ministerpräsidenten ernst, dass das Gymnasium keineswegs abgeschafft werden solle, so besteht kein sachlicher Grund, die Ausbildung zum Gymnasiallehrer abzuschaffen“, unterstreicht die Resolution. Im gesamten Berufsleben werde auf die spezifischen Qualifikationen hin ausgebildet, die für den jeweiligen Beruf benötigt würden. Dies müsse auch für die Ausbildung zur Lehrtätigkeit am Gymnasium gelten, argumentieren die Delegierten des Philologentages. Das Gymnasium habe laut Schulgesetz den besonderen Auftrag, seine Schüler durch wissenschaftspropädeutischen Unterricht auf anspruchsvolle universitäre Studiengänge verschiedenster Art vorzubereiten. Dies erfordere eine fachwissenschaftlich hochqualifizierte und auf die spezifischen Fähigkeiten und Bildungsziele der Gymnasiasten ausgerichtete fachdidaktische und fachmethodische Ausbildung. Nur so könnten die Schüler des Gymnasiums bestmöglich gefördert werden.

Der von Rot-Grün angestrebten Einheitslehrerausbildung erteilten die Delegierten des Philologentages eine strikte Absage, weil dies unweigerlich zu einer ausgeprägten Einbuße an Unterrichtsqualität führen würde. Ein Einheitslehrer könne von allem ein bisschen, aber nichts solide. Er stehe für eine Entspezialisierung und Entprofessionalisierung des Lehrerberufs. So wenig wie ein Allgemeinmediziner Spezialist für alle Krankheiten sein könne, so wenig könne ein Einheitslehrer den ganz unterschiedlichen Begabungen der Schüler und den entsprechend unterschiedlichen fachlichen, didaktischen und methodischen Anforderungen gerecht werden.

Die Tätigkeit des Gymnasiallehrers in neun Schuljahrgängen mit ihren ganz unterschiedlichen Anforderungen mache eine im Vergleich zu anderen Lehrämtern längere Ausbildungsphase, insbesondere ein Referendariat von 24 Monaten notwendig.

Das Lehramt für Förderschulen sei als eigenständiger Ausbildungsgang zu erhalten. Die für die Beschulung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf notwendige Kompetenz könne keinesfalls in Form eines kleinen Studienanteils im Rahmen einer Einheitsausbildung oder in Fortbildungsveranstaltungen erworben werden.

Zu der Beschlussfassung des Philologentages erklärte der Verbandsvorsitzende Horst Audritz: „Die Gestaltung der künftigen Lehrerausbildung stellt einen entscheidenden Lackmustest für das Versprechen maßgeblicher rot-grüner Politiker dar, das Gymnasium zu erhalten. Wird die Gymnasiallehrerausbildung abgeschafft, dann weiß das ganze Land endgültig, dass dieses Versprechen falsch ist und nur der Täuschung der Öffentlichkeit dient.“

Goslar, 27.11.2014